

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 24. Juni 1985

Blatt 1496

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Preise der Stadt Wien überreicht
ausgesendet: Erneuerungsarbeiten in Pflegeheim
(grau) Auch heuer wieder Seniorenwoche
Computertomograph für Wilhelminenspital

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschlußdebatte
(rosa) Wiener Landtag
Kommendes Wochenende Bezirksinformationstage in
Floridsdorf
8. Internationale Jugendtheatertage in Wien

Kultur: Architekturpreis der Stadt Wien für Hermann Cech
(gelb)

Sport: Fußballbundescup 1985 der Polytechnischen Lehrgänge
(grün)

.....
Bereits am 21. Juni 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Preise der Stadt Wien überreicht

16 #Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Die Preise der Stadt Wien für bildende Kunst und Musik überreichte Kulturstadtrat Franz MRKVICKA Freitag an Erna FRANK, Othmar ZECHYR, Lothar RÜBELT, Osamu NAKAJIMA und Anestis LOGOTHETIS.#

Die Darstellung sozialer und tiefenpsychologischer Hintergründe menschlichen Verhaltens stellt Erna Frank, 1942 in Wien geboren, in den Mittelpunkt ihres Gesamtwerkes, für das sie mit dem Preis der Stadt Wien für Malerei ausgezeichnet wurde. Der Preis für Grafik ging an den, 1938 in Linz geborenen, Othmar Zechyr. Ebenfalls ausgezeichnet wurden Lothar Rübelt, der bahnbrechend für die moderne Dokumentarfotografie wirkte und Osamu Nakajima für sein bildhauerisches Gesamtwerk. Den Preis der Stadt Wien für Musik erhielt Anestis Logothetis für sein musikalisches Schaffen, darunter Orchester- und Bühnenwerke sowie Ballette und Hörspiele. (Schluß)
je/rb

NNNN

.....
Bereits am 22. Juni 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Erneuerungsarbeiten in Pflegeheim

1 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Die Modernisierung der städtischen Pflegeheime bildete einen Schwerpunkt in den letzten Jahren. In der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheit und Soziales wurde vor kurzem die Fortsetzung der bereits begonnenen Sanierung der Sanitäranlagen des Pavillon IX im Pflegeheim Lainz beschlossen. Die dafür notwendigen Mittel werden sich auf 5,1 Millionen Schilling belaufen.#

(Schluß) zi/gg

NNNN

.....
Bereits am 22. Juni 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Auch heuer wieder Seniorenwoche

2 #Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Die Stadtverwaltung wird - heuer bereits zum 11. Mal - vom 18. bis 22. September eine Seniorenwoche veranstalten. In den Tagen davor werden erstmals auch für die Bewohner der Wiener Pflegeheime verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Im Rahmen einer sehr umfangreichen Informationsschau werden die Besucher der Seniorenwoche in der Stadthalle über die von der Stadt Wien gebotenen Einrichtungen und sozialen Dienste eingehend informiert. Eine eigene Ausstellung sowie verschiedene Veranstaltungen werden außerdem die beiden großen Jubiläen des heurigen Jahres, nämlich 40 Jahre 2. Republik und 30 Jahre Staatsvertrag zum Inhalt haben.#

Das vielfältige Programm beinhaltet außerdem zahlreiche Vorträge und Diskussionen über spezifische Probleme der Senioren sowie diverse Unterhaltungsveranstaltungen. Zu den Schwerpunkten gehört unter anderem die Sozialakademie, in deren Rahmen bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Öffentlichkeit sprechen werden. Die für die Seniorenwoche notwendigen Kosten in der Höhe von 2,9 Millionen Schilling wurden kürzlich vom Gemeinderatsausschuß Gesundheit und Soziales genehmigt. (Schluß) zi/rr

NNNN

.....
Bereits am 23. Juni 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Computertomograph für Wilhelminenspital

1 #Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Die Anschaffung einer Computertomographieanlage für das Zentralröntgeninstitut des Wilhelminenspitals beschloß der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales. Die Kosten für die Anlage betragen 13,5 Millionen Schilling, wovon 3 Millionen durch den Fonds "Kampf dem Krebs" übernommen werden.#

(Schluß) zi/gg

NNNN

Kommendes Wochenende Bezirksinformationstage in Floridsdorf

2 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Wochenende - am Samstag, dem 29., und Sonntag, dem 30. Juni - finden in Floridsdorf Bezirksinformationstage statt. Sie sollen dazu dienen, die Bewohner mit ihrem Bezirk vertrauter zu machen, mit Experten der Stadtverwaltung über die Umweltsituation und die weitere Bezirksentwicklung sprechen zu können - aber auch, Unterhaltung mit einem bunten Programm bieten.

Am Samstag, dem 29. Juni, findet zwischen 10 und 12 Uhr auf dem Franz-Jonas-Platz eine Ausstellung über das Floridsdorfer Bezirksentwicklungskonzept statt. Dazu gibt es Informationen über den Bezirk, Musik und Unterhaltung. Am Nachmittag dieses Tages steht von 15 bis 18 Uhr ein Familienfest im Wasserpark auf dem Programm. Geboten werden ein Konzertcafe mit Brigitte NEUMEISTER, Musik mit der Unterhaltungsgruppe Hydra und der Showtanzgruppe Ikarus, sowie ein Alt-Wiener Beisel, Biogemüse und ein Flohmarkt.

Am Sonntagvormittag (30. Juni) gibt es einen großen Frühschoppen auf dem Haspingerplatz. Mitwirkende sind die Blasmusik der öBB-Hauptwerkstätte, das Rudi-LUKSCH-Trio sowie Horst CHMELA und Christl PRAGER.

Außerdem gibt es an beiden Tagen Blumenkisterln und Küchenkräuter vom Stadtgartenamt. Der Mobile Bürgerdienst- Informationsbus wird bereitstehen, und ein Mitarbeiter steht für Auskünfte, aber auch zur Entgegennahme von Wünschen und Anregungen zur Verfügung. (Schluß) and/bs

NNNN

8. Internationale Jugendtheatertage in Wien (1)

8 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die 8. Internationalen Jugendtheatertage veranstaltet das Wiener Landesjugendreferat heuer im Treffpunkt Petersplatz vom 24. Juni bis 4. Juli.

Zwei Gruppen aus Wien, vier Gruppen aus anderen österreichischen Bundesländern, vier Gruppen aus der BRD und je eine Gruppe aus den Niederlanden, aus Belgien, Jugoslawien, der CSSR und erstmalig aus Großbritannien und der UdSSR werden engagierte und unkonventionelle Aufführungen von Klassikern sowie Eigenproduktionen vorstellen.

Zwtl.: Für 100 Schilling an elf Abenden ins Theater

Um jungen Leuten, die über wenig eigenes Geld verfügen, den Besuch der Aufführungen im Rahmen der Internationalen Jugendtheatertage zu ermöglichen, bietet das Landesjugendreferat eine Dauerkarte zum Preis von 100 Schilling an, die in Verbindung mit einer kostenlosen Zählkarte zum Besuch aller Aufführungen berechtigt. Für nur 100 Schilling gibt es an elf Abenden 16 Produktionen zu sehen. Die Dauerkarten sind erhältlich in der Stadtinformation, im Haus des Buches, 8, Skodagasse 20, im Landesjugendreferat Wien, 8, Friedrich-Schmidt-Platz 5, sowie vor jeder Vorstellung im Treffpunkt Petersplatz. Die Zählkarten werden ab 18 Uhr - Beginn der Vorstellungen ist jeweils 19 Uhr - im Treffpunkt Petersplatz ausgegeben. (Forts.) je/gg

NNNN

INTERNATIONALES
JAHR DER JUGEND
IN WIEN

8. Internationale Jugendtheatertage in Wien (2)

Utl.: Programm der 8. Internationalen Jugendtheatertage

9 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL)

24. Juni Theater 13 - Belgrad/Jugoslawien -
Igracka-placka Spielerei - Dieberei und
Theatergruppe des Gymnasiums Zwiesel/BRD
Heinrich Kleist - Der zerbrochene Krug
25. Juni Bühnenspielgruppe des Gymnasiums Sulzbach-Rosenberg/BRD
Candierte Welt oder Stationen eines einfältigen
Optimisten und
Stubentheater Prankh - St. Marein bei Knittelfeld/Stmk.
Fred Strohmeier - Zerschlagene Fesseln
26. Juni Youth Action Theatre - Hampton Hill/Großbritannien
Peter Whelan - The Accrington Pals
27. Juni Bühnenspielgruppe des Gymnasiums Gleisdorf/Steiermark
72 Stunden live und
Theater am Gymnasium Fellbach/BRD
Wolfgang Bauer - Maler und Farbe
28. Juni Jugendgruppe "music fair" - Wien
Walter Sebek - Ein Stück Leben
29. Juni Bühnenspielgruppe HAK und HAS II - Klagenfurt/Kärnten
H.M. Enzensberger - Der Untergang der Titanic und
M.U.T. - Hannover/BRD
Hopp Hopp - Zack Zack
30. Juni Theater Supina - Vodnany/CSSR
Frid. Dunskej/F. Zbornik
Johanka 1920
1. Juli Performance Art Harold Weiss - Wien
H.C. Artmann - med ana schwoazzn dintn und
Rigas Pantomima - Riga/Lettland - UdSSR
Pantomime - Danko
2. Juli Pluche & Plastik - Oss/Niederlande
Dromen op Donderdag (Donnerstagsträume)
3. Juli Jugendtheater Hard - Hard/Vorarlberg
Yvonne Keuls - Abgespielt
4. Juli AGORA-Theaterwerkstatt - St. Vith/Belgien
Aquarium

Jeweils 19 Uhr, Treffpunkt Petersplatz, Wien 1, Petersplatz.

(Schluß) je/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat begann Montag mit einer Fragestunde. Der Vorsitzende des Gemeinderates, Prof. WIESINGER (SPÖ), erinnerte daran, daß genau vor 100 Jahren der Wiener Gemeinderat seine erste Sitzung im neuen Haus abgehalten hat. Damaliger Vorsitzender war Bürgermeister Eduard UHL.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Mag. Eva PETRIK (öVP), warum die Kindergärten im Sommer und zu Weihnachten insgesamt länger gesperrt sind, als ein durchschnittlicher Urlaub einer berufstätigen Mutter dauert, antwortete StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß zu Weihnachten ein Kindergarten geführt wird, wenn mehr als drei Kinder angemeldet werden. Im Sommer gibt es die Möglichkeit, in einen Nachbarkindergarten auszuweichen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Mag. ZIMA (SPÖ), wie die Altersstruktur der Volkshochschulbesucher aussieht, antwortete StR. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), rund 60 Prozent der Volkshochschulbesucher sind zwischen 20 und 50 Jahre alt. Die Berufstätigen stellen somit das Gros der Besucher. Smejkal kündigte ein Werbekonzept für die Wiener Volkshochschulen an, das in den nächsten drei Jahren eingesetzt werden soll. (Forts.) sei/bs

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die aus dem Rechnungsabschluß 1984 und dem Budgetansatz 1985 vorhandenen Geldmittel werden dann bauwirksam eingesetzt, wenn die für den U-Bahn-Bau erforderlichen Grundstücksankäufe abgeschlossen sind, erklärte Verkehrsstadtrat Johann HATZL auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Es werde beim U-Bahn-Bau keine Verzögerungen geben. Auch seien keine finanziellen Probleme zu erwarten, da in Preisverhandlungen rund 100 Millionen Schilling eingespart werden konnten.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Prof. Dr. WELAN (öVP), ob es Probleme bzw. Mißstände im Hinblick auf den sanitären Zustand der Wiener Bäder gebe, erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, daß durch die regelmäßigen Überprüfungen im Rahmen des Bäderhygienegesetzes etwaige Mißstände, die jedoch kaum auftreten, unverzüglich behoben werden könnten. Stacher erklärte, er halte die Kontrollen generell für ausreichend. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPö), wieviele Bürgschaften seit Bestehen der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke übernommen wurden, antwortete Vizebürgermeister MAYR, es seien bis 28. Mai insgesamt 79 Bürgschaften gewesen, die für insgesamt 42,6 Millionen gelten und bis jetzt kaum eine Inanspruchnahme der Stadt Wien bewirkten. Die Aktion habe zur Schaffung von zusätzlich 10.900 Quadratmetern Wohnfläche geführt.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. SWOBODA (SPö), ob die Wiener Exportförderungsaktion ungebrochen Anschlag finde, antwortete Vizebürgermeister Mayr, daß per Ende Mai 1985 533 Millionen ausgeschüttet wurden, wobei sich allein in den letzten fünf Monaten eine Steigerung um 91 Millionen ergeben hat. Von 165 abgewickelten Exportverträgen entfielen zwei Drittel auf produzierende Gewerbe- und Industriebetriebe, ein Viertel auf den Handel und sechs Prozent auf Dienstleistungsbetriebe. Das Gesamtvolumen seit Beginn der Förderungsaktion im Dezember 1979 bezifferte Mayr mit mehr als drei Milliarden per Ende 1984, nun habe das Exportvolumen bereits vier Milliarden erreicht.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. CZERNY (ÖVP) nach dem Stand der Sanierungsarbeiten im städtischen Althaus Kirchengasse 34-36 antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPö), es sei beabsichtigt, eine gemeinnützige Genossenschaft mit der Sanierung zu betrauen, und es werde versucht, im Rahmen der Möglichkeiten den in den beiden Häusern wohnenden Mietern in der Nähe Ersatzwohnungen für die Zeit der Renovierungsarbeiten anzubieten. Die ACHTE und die NEUNTE ANFRAGE wurden zurückgezogen. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Möglichkeiten er sehe, die für den Garagenbau gebildeten Rücklagen in naher Zukunft zweckentsprechend einzusetzen, sagte Vizebürgermeister Hans MAYR, daß die Zweckbindung der Parkometerabgabe auch für die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs gelte. Allerdings gebe es eine Reihe von Garagenprojekten wie die Heldenplatzgarage, die Albertinagarage und die Freyungsgarage, für die die Rücklagen verwendet werden könnten. Diese Garagenbauten seien bis jetzt durch verschiedene Auflagen denkmalschützerischer Art oder des Bezirks nicht ins Stadium der Realisierung gekommen. Wirtschaftlich seien alle Projekte rentabel, die Förderungsbedingungen seien durchaus attraktiv.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ), wie sich die Anhebung des Freibetrages bei der Lohnsummensteuer durch das Abgabenänderungsgesetz 1984 auf die Einnahmen der Stadt Wien auswirke, sagte Vizebürgermeister Hans MAYR, daß der Verlust lediglich 13 Millionen Schilling betrage, was im Verhältnis zum gesamten Lohnsummensteueraufkommen von 1,8 Milliarden Schilling ein marginaler Betrag sei. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. WIMMER (SPÖ) über die Verhandlungen mit dem Bund über die Finanzierung von Park-and-Ride-Einrichtungen gab Vizebürgermeister MAYR bekannt, daß es gelungen sei, einen Bundeszuschuß von 80 Prozent für derartige Einrichtungen bei ÖBB-Bahnhöfen zu erreichen. Die Stadt Wien strebe einen derartigen Bundeszuschuß auch für Park-and-Ride-Plätze bei U-Bahn-Stationen an.

Der Anteil von jungen Bürgern unter 25 Jahren, die in die Dienste der Stadtverwaltung aufgenommen werden, beträgt bereits mehr als 50 Prozent, sagte StR. Friederike SEIDL (SPÖ) auf die 13. ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Wien beteilige sich kooperativ an der "Aktion 8000" des Sozialministeriums. Die Arbeitslosenrate der Jugendlichen liege in Wien weit unter der in anderen Bundesländern.

Seit Mitte Mai gibt es für die Bevölkerung Am Schöpfwerk vier transportable Verkaufsstände, sagte StR. Friederike SEIDL auf die 14. ANFRAGE von GR. HONAY (SPÖ). Diese vier Marktstände werden bis Ende des Jahres versuchsweise aufgestellt bleiben. Wenn sich herausstellt, daß Investitionen gerechtfertigt seien, könne die Einrichtung des mobilen Marktes bestehen bleiben.

Über den aktuellen Stand der Pläne für die Verbauung des Areals der Nordbahngründe berichtete Vizebürgermeister MAYR in Beantwortung der 15. ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP). Die Grundstücksfreimachung sei sichergestellt. Der Preis von 8000 Schilling pro Quadratmeter beinhalte auch die Absiedlungskosten, daher werde dieser Grundpreis keine Auswirkungen auf die übrigen Wiener Grundstückspreise haben. Wann ein Projekt verwirklicht werde, könne derzeit nicht gesagt werden. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Rede Vizebürgermeister Mayr

10 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien wurde im Jahr 1984 gut gewirtschaftet, betonte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) in seiner Rede zu Beginn der Rechnungsabschlußdebatte im Wiener Gemeinderat. Bei Einnahmen von 67,3 Milliarden und Ausgaben von 70,3 Milliarden fiel der Abgang mit 3,0 Milliarden um 2,5 Milliarden geringer aus als im Budget vorgesehen. Damit konnte die 1982 begonnene Konsolidierung des Wiener Budgets um ein gutes Stück weitergebracht werden.

Mayr warnte jedoch, daraus zu schließen, daß Wien seiner finanziellen Sorgen enthoben ist. Vor allem beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für die Stadterneuerung, für die Spitäler und für den Umweltschutz sind in den kommenden Jahren Milliardenausgaben notwendig. Wien wird im eigenen Bereich sparsam, wirtschaftlich und effizient arbeiten müssen, um die Projekte verwirklichen zu können. Mit den Bürgern dieser Stadt wird man in einer offenen Aussprache über die Finanzierung der angepeilten Projekte diskutieren müssen, gegenüber dem Bund und den anderen Bundesländern werden die Wiener Ziele sachlich und konsequent dargelegt und verfolgt werden müssen. In diesem Zusammenhang forderte Mayr einen höheren Anteil Wiens an den Wohnbauförderungsmitteln. Man müßte einfach berücksichtigen, daß in Wien der Anteil der zu erneuernden Wohnungen am größten sei. Ebenso forderte Mayr eine Änderung des Mietenrechtes: Die Einnahmen eines Hauses sollten nicht nur für notwendige Erhaltungsarbeiten, sondern auch für nützliche Sanierungsarbeiten ausgegeben werden dürfen. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Rede Vizebürgermeister Mayr

11 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik der Oppositionsparteien am Rechnungsabschluß meinte MAYR, die Verbesserung sei vorwiegend durch einen äußerst strengen Budgetvollzug erreicht worden. Dort, wo Gelder nicht in vollem Umfang ausgegeben werden konnten - wie z.B. beim U-Bahn-Bau -, wurden diese auf eine Rücklage gelegt. Die geringeren U-Bahn-Ausgaben wurden somit nicht zu einer Verbesserung der finanziellen Situation herangezogen. Das gleiche geschah auch in anderen Bereichen, insgesamt erhöhte sich der Rücklagenstand im Vorjahr von 4 auf 4,9 Milliarden.

Mayr nahm auch ausführlich zur wirtschaftlichen Situation Stellung. Die Ostregion und Wien entwickelte sich 1984 nicht zufriedenstellend. Das Wiener Wirtschaftswachstum lag mit 1,5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die Landeshauptleute von Wien und Niederösterreich sollten sich mit ihren Stellvertretern zu regelmäßigen Gesprächen über gemeinsame Probleme treffen. Denn es müßte alles getan werden, so Mayr, um eine wirtschaftliche Auseinanderentwicklung in Österreich zu verhindern.

Erfreulich war die Entwicklung im Fremdenverkehr. Mit 5,2 Millionen Nächtigungen war das Vorjahr das bisher erfolgreichste des Wiener Fremdenverkehrs. Wäre man dem Rat aus der Wiener Handelskammer gefolgt - den Bau neuer Hotels zu verhindern -, wären diese Erfolge nicht möglich gewesen. Mayr sprach sich für eine Reform der Getränkesteuer aus. Die Einhebung dieser Gemeindeabgabe sollte über die Bundesfinanzbehörden erfolgen. In einigen Regionen Österreichs würden damit Mehreinnahmen erzielbar sein, die man im Sinne der Aufkommensneutralität für eine Reform einsetzen könnte.

Abschließend zeigte sich Mayr optimistisch für die Zukunft. Das 1984 erzielte Ergebnis wird sich für die Bewältigung der anstehenden Probleme positiv auswirken, weil man den vorgegebenen finanziellen Rahmen nicht überzogen, sondern unterschritten hat. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

15 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Der im Budgetvoranschlag 1984 prognostizierte Investitionsschub sei ausgeblieben, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). So seien die Investitionen rückläufig und hohe Summen der veranschlagten Gelder auf der "hohen Kante" geblieben, wie zum Beispiel beim U-Bahn-Bau, bei dem 639 Millionen, das sei rund ein Viertel der genehmigten Gelder, nicht zum Einsatz gekommen sei. Dies auf die Erhaltung der Otto-Wagner-Brücke zurückzuführen, sei kein Argument, merkte Hirnschall an, da dieses Bauvorhaben mit nur rund 198 Millionen veranschlagt gewesen wäre.

Ähnlich sei es auch beim kommunalen Wohnhausneubau bei dem 1984 statt den veranschlagten 3,6 Milliarden nur 2,6 Milliarden verbaut worden seien. Die verbliebene Milliarde sei aber, kritisierte Hirnschall, aufgrund der Probleme beim Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds auch nicht für die Althausanierung verwendet worden.

Minderausgaben gebe es auch im umweltrelevanten Bereich.

Er vermisse darüber hinaus, so Hirnschall, die angekündigten Maßnahmen zur Müllvermeidung und Müllsortierung, die bereits 1984 in Angriff genommen werden hätten sollen. Die FPÖ sehe im Rechnungsabschluß 1984 keinen Anlaß zur Selbstzufriedenheit für die Rathausmehrheit. Die SPÖ habe bei wichtigen kommunalen Investitionen gespart, nicht aber bei den Kosten für den Verwaltungsaufwand. Deshalb, schloß Hirnschall, lehne die FPÖ den Rechnungsabschluß 1984 ab. Die FPÖ verspreche sich im übrigen nichts von den Koalitionsbestrebungen zwischen SPÖ und ÖVP. Es sei zu befürchten, daß die notwendige Kontrolle dann nicht gewährleistet sei. (Forts.)
je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

16 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) warf GR. Dr. Hirnschall vor, die FPÖ habe eine politische Urangst angesichts der nur mehr aus zwei Abgeordneten bestehenden FPÖ-Fraktion. Die ÖVP sehe jedoch in einer Koalition nichts Antidemokratisches, es sei daher nicht einleuchtend, warum die Zusammenarbeit von gewählten Repräsentanten der beiden größten Parteien schlecht sein sollte. Eine Koalition könne allerdings auch, wie das Beispiel der Regierungskoalition zeige, der Ausdruck des Bestrebens sein, an der Macht zu bleiben.

Eine Zusammenarbeit der politischen Parteien ist möglich, betonte Goller, und verwies auf das Beispiel von sieben Bundesländern, von Städten und Gemeinden. Diese Regelung habe sich im großen und ganzen bewährt. Die Initiativen für eine Koalition in Wien seien jedoch nicht von der ÖVP gekommen, sondern von Gratz und Zilk. Für die ÖVP sei die Koalition bei weitem nicht so notwendig, wie sie es auf Bundesebene für die FPÖ sei. Goller sähe darin eher eine Vernunfttete im Interesse der Zukunft der Stadt.

Die Wiener ÖVP ist unter verschiedenen Voraussetzungen bereit zu einer Mitverantwortung in der Stadt, sagte Goller. Was Wien brauche, seien neue Lösungen, Vorschläge und konkrete Schritte. Keinesfalls dürfte eine Koalition dazu dienen, den Wettstreit zwischen den Parteien und die Kontrolle zu verhindern. Für die ÖVP ergebe sich wohl kein Zwang für eine Zusammenarbeit, sie sei aber bereit dafür, schloß Goller. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

17 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (öVP) lehnte seitens der öVP den Rechnungsabschluß 1984 ab. Hahn kritisierte, die Stadt Wien betreibe eine unausgeglichene Wirtschaftspolitik, die durch sinkende Investitionen in vielen Bereichen gekennzeichnet sei. Es sei eine Politik der Ankündigungen, denen nur selten die entsprechenden Maßnahmen folgen. Im Detail führte Hahn an, daß die Investitionsrate von 25,1 Prozent im Jahr 1975 auf 12,5 Prozent im Jahr 1984 gesunken sei. Der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten habe sich durch den wachsenden Steuerdruck verschlechtert, die Arbeitslosenrate liege in Wirklichkeit höher, als es die durch verschiedene Kaschierungsmaßnahmen geschonte offizielle Zahl angebe. Der Schuldendienst der Stadt sei gestiegen, die Einnahmen aus der Einkommens- und Körperschaftssteuer stagnierten, da die Zahl der Wirtschafts- und Industriebetriebe zurückgehe. Für dringende Umweltaufgaben wie die Sanierung des Wiener Kanalnetzes sei kein Geld vorhanden. In diesem Zusammenhang brachte Hahn einen ANTRAG ein, ein zusätzliches Investitionsprogramm für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung noch 1985 wirksam zu machen. Im Bereich der Stadterneuerung wies Hahn darauf hin, daß Projekte wie das Areal Rennwegkaserne, das Palais Harrach oder das Grassalkovits-Schlössl nach wie vor ihrer Verwirklichung harren. Hahn kritisierte auch die schlechte Koordination und Verteilung des Bauvolumens der Stadt Wien über das Jahr und brachte in diesem Zusammenhang einen ANTRAG ein, die kommunalen Bauinvestitionen rechtzeitig und koordiniert auszulösen, um so die Bauwirtschaft gleichmäßig zu fördern. (Forts.)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

18 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER (SPÖ) bezeichnete es als erfreulich, daß es gelungen sei, den Schuldenanstieg merklich einzubremsen. Die Budgetkonsolidierung biete eine Voraussetzung zur Lösung künftiger Aufgaben. Die positive Budgetentwicklung sei teilweise auch darauf zurückzuführen, daß geplante Investitionen beim U-Bahn-Bau und beim Wohnbau nicht aufgewendet wurden. Dies, weil beim U-Bahn-Bau eingespart werden konnte, und, weil durch die Erhaltung der Otto-Wagner-Brücke eine Bauverzögerung eingetreten sei. Beim Wohnbau sei es zu weniger Ausgaben gekommen, weil die Wohnbaupolitik durch die Forcierung der Stadterneuerung in einem Umbruch begriffen sei. Edlinger zog eine Bilanz der zahlreichen Maßnahmen, die in Wien und beim Bund im Bereich der Umweltpolitik durchgeführt werden. Die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, sagte Edlinger, ruhe auf zwei Pfeilern, auf der ökonomischen und auf der sozialen Sicherheit des Einzelnen. Es gehe nun darum, alle jene sozial abzusichern, die unverschuldet in einem Umstrukturierungsprozeß unter die Räder kommen. Zur Stadterneuerung betonte Edlinger, es gelte, die soziale Struktur zu verbessern und die bauliche Struktur zu sanieren, dennoch dürfe der Neubau nicht zu kurz kommen. Edlinger bekannte sich zu den Prinzipien der 2. Republik und wies darauf hin, daß zu den wesentlichsten Kriterien künftiger Politik das Eingehen auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger gehöre. Zum Thema Zusammenarbeit sagte Edlinger abschließend, er lade alle zu Gesprächen über Formen der Zusammenarbeit und der Auseinandersetzung ein. Es gehe darum, die Interessen der Bürger Wiens und der Stadt bestmöglich zu vertreten. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

19 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. ZILK (SPö) erklärte in einer kurzen Wortmeldung zur Rede von GR. HAHN (öVP), er, Zilk, mache keine Politik Luegers. Lueger habe zwar seinen historischen Stellenwert in der Kommunalpolitik. Er, Zilk, sei jedoch kein Antisemit, und schon deshalb kann er nicht Luegers Politik machen. Außerdem sei in der Zeit Luegers ein Ring von Kleinstwohnungen in Wien entstanden. Jahrzehnte mußte gearbeitet werden, um die unzumutbaren Wohnverhältnisse zu beseitigen. Zur Rede von Präsident Hahn falle ihm ein Zitat von Alfred Adler ein: "Schwierigkeiten macht der, der selbst Schwierigkeiten hat." (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

20 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die öVP, erklärte GR. Dkfm. WÖBER, wünsche sich für die nächsten Rechnungsabschlüsse weniger Budgettaktik und mehr Budgetwahrheit. Entgegen den Ankündigungen von Finanzstadtrat Mayr sei kein Investitionsschub erfolgt. Abgesehen von der verdeckten Arbeitslosigkeit sei die Arbeitslosenrate in Wien von vier auf 4,1 Prozent gestiegen.

Es sei richtig, daß man eine Konsolidierung bei der Entwicklung der Verschuldung erreicht hätte, über die Ursachen dieser Konsolidierung sei die öVP aber anderer Meinung als die Regierungspartei. Man habe, erklärte Wöber, jede Gelegenheit zur Einnahmenfindung, nicht nur zur Sparsamkeit, genutzt, bei den Einnahmen darüberhinaus aber auch noch unterbudgetiert. Das Bekenntnis der Rathausmehrheit zur Stadterneuerung habe Jahre gedauert, es wäre aber schon längst an der Zeit gewesen, die Nachkriegsbestimmungen im Bereich der Wohnbauförderung im Hinblick auf die Stadterneuerung zu novellieren. Betreffend eine Steuerreform ab 1. Jänner 1986 brachte Wöber einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung gelte es, dem Steuer- und Investitionsprotektionismus ein Ende zu machen. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe, die das Hauptkontingent an Arbeitsplätzen schaffen, müßten größere Stützungsmittel erhalten. Wöber brachte betreffend die Schaffung eines Umweltfonds für Umweltschutzinvestitionen durch Wiener Klein- und Mittelbetriebe einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

21 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPö) verwies darauf, daß der Abgang im Vergleich zum Gesamtbudget relativ gering sei. Dies beweise den konsequenten Budgetvollzug. Er betonte die Förderung des öffentlichen Verkehrs, der Stadterneuerung und der umweltfreundlichen Gestaltung von Stadtstraßen. Es habe sich auch erwiesen, daß Tarifregulierungen gegen den Widerstand der Opposition sinnvoll und notwendig gewesen seien, um den nötigen Spielraum für notwendige Ausgaben zu erhalten. Am Beispiel Belgiens demonstrierte Eder die, wie er sagte, Auswirkungen einer konservativen Regierung, die sich nun steigender Arbeitslosigkeit und geringer Investitionsbereitschaft gegenüber sehe. Die Forderung der öVP zu erfüllen, würde auch Wien und Österreich dieser Gefahr aussetzen, sagte Eder. Er sprach sich für den Einsatz neuer Technologien aus, unterstrich aber, daß die daraus resultierende höhere Produktivität zur Arbeitszeitverkürzung führen müsse. "Wir haben genug Arbeit, sie wird uns nicht ausgehen", formulierte Eder. Arbeitsplätze würden vor allem dort geschaffen werden können, wo es nicht nur um Gewinn geht, so beim Umweltschutz. Obwohl die öVP gegen alle Budgets der letzten 12 Jahre gestimmt habe, sei Wien schöner und menschlicher geworden, schloß GR. Eder. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

22 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (öVP) nahm zur Wiener Holding Stellung. Neumann kritisierte Experimente wie das einer Hochseeschiffahrt bis Wien, das total verunglückt sei. Die Holding sei insgesamt zwar ein umsatzstarker, aber ein gewinnschwacher Konzern. Die Teilbetriebe blieben vielfach so wie die Messe AG hinter ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten zurück, obwohl sie sozusagen im geschützten Raum der Stadt Wien operierten. Vielfach würden die Holdingbetriebe auch gegen die Holding-Doktrin verstoßen, nur Bereiche abzudecken, die von der Privatwirtschaft nicht gleichwertig ausgefüllt werden könnten. Neumann forderte daher eine Privatisierungsdiskussion, um die Realität in der Holding wieder der Doktrin anzupassen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

23 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHMIDTMAYER (SPÖ) wies darauf hin, daß die Arbeitslosenrate in Wien im internationalen und nationalen Vergleich wesentlich günstiger sei. Die Wirtschaftslage habe sich durch die Leistungen der Stadtverwaltung gebessert. Der Rechnungsabschluß zeige, daß sich Wien sehen lassen kann. Die Wiener Wirtschaft habe zwar Probleme, sie könnten aber durch die Politik gemeistert werden. Schmidtmayer verwies auf die zahlreichen Förderungsaktionen, die mithelfen, in Wien Arbeitsplätze zu erhalten und die Kaufkraft und Steuerleistung zu erhöhen. Das wirtschaftspolitische Klima aber müsse stimmen, da habe Verunsicherung keinen Platz.

Schmidtmayer sprach sich weiters für eine Verbesserung der Berufsausbildung aus, hier müsse der besseren theoretischen und der fremdsprachlichen Ausbildung mehr Raum gegeben werden.

Als unverständlich bezeichnete es Schmidtmayer, daß die Volkspartei, wider die wirtschaftliche Vernunft, die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf verhindere. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Generaldebatte Rechnungsabschluß

24 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) bezeichnete die Generaldebatte in weiten Strecken als sachlich. Er würde sich jedoch wünschen, wenn bei so wesentlichen Problemen der Stadt wie bei der Betriebsansiedlung nicht mit zweierlei Maß gemessen würde. Der Wiener ÖVP machte er den Vorwurf, das Projekt General Motors noch immer zu kritisieren, während man zu dem steirischen OKI-Projekt schweigt. (Forts.) sei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

26 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wunsch der Wiener Bevölkerung nach einem größeren, besseren und gesünderen Wohnumfeld sei immer deutlicher spürbar, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), während im Gegensatz dazu die Neubautätigkeit in Wien fast zum Erliegen gekommen sei und die Stadterneuerung aufgrund der Rathausbürokratie steckenbleibe. Es gebe erhebliche Verzögerungen in der Geschäftsabwicklung und man sei in bezug auf den Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds über Absichtserklärungen nicht hinausgekommen. Die Bauwirtschaft aber leide durch die schleppende Erledigung unter ständig steigender Arbeitslosigkeit, während die Verwaltungskosten im Bereich der zuständigen Magistratsabteilungen um rund drei Millionen gestiegen seien. Im Sinne der erforderlichen Budgetklarheit solle Wohnungsstadtrat Hofmann diese Verwaltungskosten erläutern, forderte Pawkowicz. Im Bereich des Neubaus seien rund eine Milliarde Schilling weniger als veranschlagt ausgegeben worden, dies bedeute 900 nicht gebaute Wohnungen. Auch substanzverbessernde Maßnahmen seien bei städtischen Wohnhausanlagen nicht in Angriff genommen worden. Am Beispiel des sanierungsbedürftigen Ensembles Hofgasse/Schloßgasse in Wien-Margareten erläuterte Pawkowicz seine Forderung nach einer besser administrierbaren Gestaltung der Richtlinien zur Sanierung. Abschließend stellte Pawkowicz einen BESCHLUSSANTRAG betreffend die Nutzung der Erlöse aus den Verwaltungsstrafen für die Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherung sowie zur Errichtung von Tiefgaragen und Park-and-Ride-Systemen. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

27 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HAWLIK (öVP) nahm nochmals zum Debattenbeitrag von Bürgermeister Dr. ZILK über Bürgermeister Dr. Lueger Bezug und stellte fest, daß man sich zu Lueger als Bürgermeister und Politiker bekennen könne, wenn man die guten Leistungen erkennt und die Fehler sieht. Er warnte vor der Versuchung, eine "rote, schwarze oder blaue Geschichte" zu schreiben.

Zur Tagesordnung selbst kritisierte Hawlik, daß das Wohnen für viele Menschen unerschwinglich geworden sei; es sei eine Perversion, daß 14.000 Menschen auf eine Wohnung warten, während hunderte Wohnungen leer, weil zu teuer sind. Mehr als 14.000 Mieter seien mit ihren Mietenzahlungen, aber auch mit der Bezahlung der Heizkostenrechnungen im Rückstand. Mit öffentlichen Mitteln errichtete Wohnungen seien so teuer, daß die Mieten durch Beihilfen gestützt werden müssen. Kritik übte Hawlik auch am Projekt des "Vollwertigen Wohnens", das nicht unbedingt dem Sozialen Wohnbau zuzurechnen sei. In einem ANTRAG verlangte Hawlik, in die städtischen Wohnhausanlagen des "Vollwertwohnens" und in das "Ökohaus" nur solche Personen einzuweisen, für die keine Wohnbeihilfe notwendig wird.

Schließlich verlangte Hawlik auch eine gerechte Vergabe im sozialen Wohnbau und eine Mietenanpassung bei Mietern mit höherem Einkommen. Der kommunale Wohnbau dürfe weder stilloses Massenprodukt in der Stadtlandschaft, noch Luxuswohnbau, aber auch kein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Bauwirtschaft sein. Er müsse jenen dienen, die nicht aus Eigenem das Wohnbedürfnis decken können, sagte Hawlik. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

28 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPÖ) verwies auf den Stadtentwicklungsplan und die Ideenkonkurrenz für den Bereich Gürtel, Süd- und Westeinfahrt als wegweisende Weichenstellungen für das Wien der Zukunft. Mit dem Stadtentwicklungsplan werde der Rahmen für die Entwicklung der Stadt abgesteckt. Die Schwerpunkte Stadterneuerung und Umwelt stehen für die weitere Verbesserung der Stadtstruktur im Sinne einer humanen Stadt. Die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans berücksichtigt notwendige Änderungen, eine Anpassung an die Bedürfnisse der Zukunft ist möglich. Mit der Ideenkonkurrenz für den Bereich Gürtel, Süd- und Westeinfahrt wurde ein beispielgebender Ansatz zur Lösung der komplexen Probleme in diesen Gebieten der Stadt geschaffen. Es geht hier sowohl um die Verbesserung der Wohn-, wie auch der Umwelt- und der Verkehrsverhältnisse. Aus den Projekten der sieben gleichrangigen Preisträger, aber auch aus den Beiträgen der Bevölkerung sollte sich ein Mosaik verschiedener Maßnahmen herauskristallisieren, das ein städtebauliches Optimum für diesen Bereich bedeutet. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

29 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYER (ÖVP) befaßte sich mit der Problematik der Bezirksentwicklungspläne. Er appellierte an StR. Hofmann, allen Bezirksvertretern und Fraktionen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Probleme im Bereich der Stadterneuerung gebe es durch das Grün- und Stellplatzdefizit. Innenhofbegrünungsaktionen seien prinzipiell zu begrüßen, doch sei es nicht günstig, derartig begrünte Innenhöfe öffentlich zugänglich zu machen. Außerdem befinden sich in zahlreichen der innerstädtischen Innenhöfe Handwerksbetriebe, die nicht ohne Qualitätsverlust abgesiedelt werden können. Günstiger sei es nach wie vor, sogenannte "Beserlparks" zu fördern. Dr. Mayer bedauerte, daß es für die nötigen Stellplätze in den Innenbezirken keine geeigneten Modelle gebe.

Abschließend urgierte der Redner eine intensive Förderung des Ausbaues von Dachböden. In den innerstädtischen Bezirken würden sich auch im Bereich der kommunalen Wohnbauten zahlreiche Dachböden zum Ausbau anbieten. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

30 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) sprach sich für die Stadterneuerung aus, meinte jedoch, daß mehr Grün und mehr Stellplätze im innerstädtischen Bereich ohne eine begrenzte Stadterweiterung nicht möglich sind. Der Stadtentwicklungsplan sieht eine solche begrenzte Neubautätigkeit an den Siedlungsachsen vor. Im übrigen sei Stadterneuerung kein Schlagwort des Jahres 1985. Der Beschluß über den kommunalen Wohnbau im Jahr 1923 war der erste, wesentliche Schritt zur Stadterneuerung in Wien, betonte Heinz. (Forts.) sei/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

31 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Gemeinde Wien als Europas größter "Hausherr" mit 220.000 Wohnungen, einer Gesamtwohnfläche von 12 Millionen Quadratmetern und Mieteinnahmen, die sich der 4-Milliarden-Grenze nähern, könne sich, kritisierte GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP), nicht auf den Rechtsstandpunkt allein zurückziehen, wenn es um Dienstleistungen für die Mieter gehe. So fordere die ÖVP zum wiederholten Mal:

- o die Abrechnungsbelege in den Wohnhausanlagen aufzulegen,
- o eine detailliertere Information der Mieter über Instandsetzungsarbeiten und Möglichkeiten zur Mitbestimmung,
- o eine laufende Information über die Verwendung und den Stand der Erhaltungsbeiträge
- o und im Sinne der Abschaffung des "Abrechnungsgigantismus" übersichtlichere, transparentere und vor allem detailliertere Abrechnungen.

GR. Dkfm. Hotter brachte darüberhinaus einen ANTRAG betreffend einen gesonderten Bericht über die Abrechnung der Erhaltungsbeiträge für die städtischen Wohnhäuser im Jahre 1984 ein. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

32 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (öVP) erkundigte sich nach der Zukunft des Palais Harrach, des Palais Grassalkovich sowie des Hauses Gardegasse 5.

Stadtrat Ing. HOFMANN (SPÖ) stellte fest, angesichts der Größe der Aufgaben habe sich die Kritik in geringem Rahmen gehalten. Er verwies auf Schwerpunkte der geleisteten Arbeit (Reorganisation der Baupolizei abgeschlossen, Stadtentwicklungsplan fertiggestellt, Umstellungen in der Wohnhäuserverwaltung aufgrund des Mietrechtsgesetzes und der Möglichkeiten aufgrund des Erhaltungsbeitrages sowie wegen der Novelle zum Wohnbauförderungs- und zum Wohnhaus-sanierungsgesetz einschließlich der Wiener Verordnungen).

Im einzelnen nahm Hofmann zu Ausführungen von Vorrednern Stellung: Er wandte sich gegen die öffentliche Kritik der öVP an der Arbeitsweise einer Abteilung, die, trotz schriftlicher Gegenäußerung ohne deren Berücksichtigung in einem Zeitungsinserat, aufrechterhalten wurden. Er hoffe, sagte Hofmann weiter, daß eine Änderung der Vorschriften bezüglich der Verwendung von Naturmaßen erfolgen werde und forderte die FPÖ auf, sich dafür beim Justizminister einzusetzen. Es sei auf die Dauer nicht möglich, daß weiterhin die Magistratsabteilung 40 für das Vermessen der Naturmaße zuständig sein soll. Sollte es keine gesetzliche Änderung geben, wäre die Konsequenz, daß sich Private künftig für diese Aufgabe an Geometer wenden müssen. Eine ähnliche Unterstützung erhofft Hofmann auch in der Frage der Ersatzvornahme, die gegenwärtig für viele Hauseigentümer eher ein preisgünstiger Kredit als die Rute im Fenster für den Fall versäumter Instandsetzungsarbeiten sei.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

33 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) An GR. Dr. HAWLIK gewandt sagte Hofmann, würde man das "vollwertige Wohnen", nur dem besser verdienenden Teil der Bevölkerung zugänglich machen, wäre dies eine Politik, bei der viele auch auf die seinerzeitige Verlegung des Klosetts in die Wohnung, des Badezimmers, des Aufzuges hätte verzichten müssen. Entschieden wandte sich Hofmann gegen die Behauptung, es stünden hunderte Gemeindewohnungen leer - dies sei eine Erfindung. Mehr Grün, mehr Parkplätze usw. seien keine Frage des Budgets, sondern der Möglichkeit zur Flächenbereitstellung. Zur Einmantelung sagte Hofmann, daß die Mieter um ihre Meinung über die Form der Finanzierung gefragt werden. Hinsichtlich des Palais Grassalkovichs berichtete Hofmann abschließend, daß die Augartenmanufaktur und der Bezirk hier ein Museum errichten wollen. Die Sanierung des Hauses Gardegasse 5 soll mit den Mitteln des Wohnhaussanierungsgesetzes versucht werden. Das Palais Harrach sei im Bestand gesichert, es gebe auch bereits ein Kaufangebot.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 18.15 Uhr unterbrochen und wird Dienstag mit der Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales fortgesetzt. (Schluß) and/bs

NNNN

Fußballbundescup 1985 der Polytechnischen Lehrgänge

12 Wien, 24.6. (RK-SPORT) Die Vorrundenspiele des Fußballbundescups 1985 der Polytechnischen Lehrgänge finden am Dienstag, dem 25. Juni, ab 14 Uhr in der Sportanlage 16, Kendlerstraße 38, statt. Fünf Mannschaften, darunter der Vorjahressieger Wien, werden um den Sieg in diesem Bewerb kämpfen. Die Entscheidung fällt zwischen den Mannschaften der Polytechnischen Lehrgänge aus Wien, dem Burgenland, Kärnten, Salzburg und Oberösterreich, die sich in den Landescupbewerben qualifiziert haben. Das Finale des PL-Fußballbundescups 1985 findet am Mittwoch, dem 26. Juni, von 9 bis 12 Uhr ebenfalls in der Sportanlage Kendlerstraße 38 in Ottakring statt. (Schluß) je/bs

NNNN

Architekturpreis der Stadt Wien für Hermann Cech

25 Wien, 24.6. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Franz MRKVICKA

überreichte am Montag im Wiener Rathaus den Preis der Stadt Wien für Architektur 1985 an Hermann CECH. Hermann Cech, 1936 in Wien geboren, hat mit Bauten wie dem Kleinen Cafe, dem Restaurant Salzamt, dem Umbau des Gastronomiebetriebs im Palais Schwarzenberg und privaten Hausbauten internationales Renomee errungen. Derzeit leitet er als Gastprofessor die Designklasse an der Hochschule für angewandte Kunst. (Schluß) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

34 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages wurde im Anschluß an die Sitzung des Gemeinderates mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von Landtagsabgeordneten Dr. HIRNSCHALL (FPö), ob die vom Bund im Rahmen des Museumskonzepts erwogene Nutzung des Salesianerklosters für museale Zwecke mit dem Land Wien erörtert wurde, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß dies noch nicht geschehen sei. Es gebe jedoch auch seitens des Bundes noch keine definitive Entscheidung in dieser Sache.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Dr. KAUER (ÖVP), ob er im Interesse Wiens für eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen im Hinblick auf ein verstärktes Mitspracherecht der Stadt Wien eintreten werde, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß ein derartiges Mitspracherecht sowohl für Bauten öffentlichen Zwecks wie auch für andere Bundesbauten gegeben sei, daß er jedoch, wie die Vertreter anderer Bundesländer, für eine weitere Verbesserung auf diesem Gebiet eintrete. Bezüglich der weiteren Verbauung am Donaukanal im Bereich Vordere Zollamtsstraße/Dampfschiffstraße werde die Stadt Wien alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die weiteren Bundesbauten im Sinne eines gefälligen Stadtbildes zu halten. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

35 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), wann mit einem Abschluß von Staatsverträgen zwischen Bund und Land Wien für Maßnahmen im Bereich Wasser- und Kanalsystem, das öffentliche Verkehrsnetz und Park-and-Ride-Anlagen zu rechnen sei, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß das Genehmigungsverfahren im laufen sei. Die Unterlagen seien noch nicht vollständig. Den genauen Zeitpunkt könne er daher nicht angeben. Er strebe aber ein möglichst positives Ergebnis für Wien an.

Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. FREINBERGER (SPö), ob eine Ausweitung der Abwässergebührenermäßigung geplant sei, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö), daß eine Novelle in Vorbereitung sei. Das externe Begutachtungsverfahren habe begonnen, und er rechne mit einer Beschlußfassung über die Novelle des Kanalgebührengesetzes im Herbst dieses Jahres. (Forts.) fk/bs

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

36 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. PRAMEL (SPÖ) antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß durch die sogenannte "Bürgerschaftsaktion" 304 Darlehen mit einem Haftungsrahmen von 380 Millionen Schilling gewährt wurden. Damit konnten rund 300 Wohnungen saniert werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. Ing. SVOBODA (SPÖ) antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß von der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes über die Lenkeraskunft die entsprechende Regelung im Parkometergesetz nicht betroffen ist. Sollte der Verfassungsgerichtshof jedoch auch diese Bestimmung der Parkometerabgabe aufheben, wird man mit dem Bund über eine praktikable Lösung sprechen müssen. (Forts.) sei/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

37 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Es habe in letzter Zeit zwei grobe Verstöße gegen das Natur- und Landschaftsschutzgesetz gegeben, erklärte Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ), auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. HOLUB (SPÖ). Diese seien im Rahmen einer Bauführung im 18. Bezirk, Pötzleinsdorfer Straße, und im 19. Bezirk, Eichelhofstraße, geschehen. Verfahren seien in beiden Fällen eingeleitet worden. Bei der Überwachung der Bestimmungen durch die Markt-, Bau- und Feuerpolizei, durch Jagd-, Fischerei- und Forstorgane sowie durch Polizei und Bevölkerung gebe es keine Probleme. Die rechtlichen Bestimmungen halte er für ausreichend, erklärte Braun.

Er beurteile, erklärte Braun auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. HENGELMÜLLER (SPÖ), die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen zur Einführung des Katalysator-Autos, als von überaus großer Bedeutung. In den USA und Japan hätten sich die Katalysatoren seit 10 Jahren absolut bewährt. Es sei erfreulich, daß die skandinavischen Staaten dem österreichischen Beispiel folgen werden, schloß Braun. (Forts.) jel/bs

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

38 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Labg. Prof. Dr. WELAN (ÖVP) erkundigte sich nach dem Ergebnis der Umweltverträglichkeitsgutachten für die Flötzersteigstraße. StR. RAUTNER (SPÖ) berichtete, daß im Rahmen der seinerzeitigen Variantenuntersuchungen auch ein entsprechendes Umweltgutachten erstellt wurde, mit dem Ergebnis, daß eine Umweltbelastung innerhalb der Grenzwerte bleiben würde, sich jedoch im Bereich der Hochlagenführung Beeinträchtigungen des Stadtbildes ergeben würden. Planung und Bau dieser Straße seien vorerst zurückgestellt, bis eine Entscheidung über die künftige Wiener Westeinfahrt gefallen sei.

Ende der Fragestunde. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (6)

Utl.: Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes

39 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes in mehreren Punkten. Dazu zählen eine Einschränkung des Personenkreises von Niederösterreichern, welche Anspruch auf Sozialhilfeleistungen haben sollen. Damit soll die überproportionale Belastung Wiens in diesem Bereich gesenkt werden. Weiters nannte Stacher die Verpflichtung jedes Hilfesuchenden, seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensbedarfes einzusetzen. Bei Weigerung soll der Richtsatz für Geldleistungen bis zu 50 Prozent unterschritten werden. Mütter sollen bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres ihres Kindes unter bestimmten Bedingungen die volle Sozialhilfe erhalten. Da Lebensgemeinschaften im Bereich der Sozialhilfe eine immer größere Rolle spielen, sollen Lebensgefährten wie Ehepartner behandelt werden. Analog zur Streichung des Entbindungskostenbeitrages in der Krankenversicherung unter Bedachtnahme auf die Geburtenbeihilfe wird auch in der Sozialhilfe auf den Entbindungskostenbeitrag verzichtet.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes

40 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) FPö-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL (FPö) wies darauf hin, daß Wien einen überproportionalen Aufwand zur Flüchtlingsbetreuung zu tragen habe. Das sei auf die Dauer nicht möglich. Die Novelle sei daher die einzig mögliche Konsequenz. Sozialhilfeleistungen soll es nur für die echt Bedürftigen geben, wobei die Sozialämter durch Kannbestimmungen in Härtefällen helfen können. Mißbrauch soll auf jeden Fall verhindert werden. Das Berliner Modell, nach dem Sozialhilfeempfänger gegen Entschädigung zu Arbeit für die Gemeinschaft bei sonstigem Entfall der Sozialhilfe verpflichtet werden können, sei zu hart. Bei Weigerung, berufsfremde Arbeiten durchzuführen, könne aber nach dem gegenwärtigen Entwurf die Sozialhilfe um die Hälfte gekürzt werden. Die FPö werde der Novelle zustimmen.

Zwtl.: Besuchergalerie mußte geräumt werden

Während des Debattenbeitrages von Klubobmann Dr. HIRNSCHALL (FPö) kam es auf der Besuchergalerie kurz nach 19 Uhr mehrmals zu Mißfallenskundgebungen. Landtagspräsident SALLABERGER (SPö) ließ die Galerie nach dreimaliger Mahnung durch die Rathauswache räumen. Die Sitzung des Landtages mußte wegen des Zwischenfalls für zirka fünf Minuten unterbrochen werden. (Forts.) fk/bs

Wiener Landtag (8)

Utl.: Änderung des Sozialhilfegesetzes

41 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) LABg. Dr. HAWLIK (ÖVP) kritisierte, daß die nun vorgeschlagene Regelung die Ärmsten und Schwächsten trifft. Er glaube nicht, daß der Mißbrauch so groß ist, daß diese Maßnahmen gerechtfertigt wären. Hawlik stellte einen ZURÜCKVERWEISUNGSANTRAG an die Wiener Landesregierung. Dort sollten die Bestimmungen für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger nach dem Berliner Modell geändert werden. Die Sozialhilfe für Mütter sollte bis zum Erreichen des 3. Lebensjahres des Kindes ausgedehnt werden. Auf den Passus über die Flüchtlinge sollte man überhaupt verzichten. (Forts.) sei/gg

Wiener Landtag (9)

Utl.: Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes

42 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Die SPö könne das Berliner Modell, das Pflicht- und Zwangsarbeit verordne, keinesfalls befürworten, erklärte LABg. DINHOF (SPö). Bei der Novellierung handle es sich nicht, so wie bei eben diesem Modell, um eine Erschwerung des Zugangs zur Sozialhilfe, sondern um Hilfe für die "Ärmsten der Armen".

Darüberhinaus enthalte, erklärte Dinhof, das Niederösterreichische Sozialhilfegesetz die gleichen Bestimmungen, wie die heute zu beschließende Novellierung.

Es gehe darum, daß alle ihren Beitrag zur Flüchtlingshilfe leisten, betonte Dinhof. Eine Reihe von Ausnahmebestimmungen sichere Hilfe für jene Flüchtlinge, die auf Hilfe von Seiten des Landes Wien angewiesen seien. Die Novellierung betreffe darüberhinaus nicht den Status des Konventionsflüchtlings. (Forts.) je/gg

Wiener Landtag (10)

Utl.: Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes

43 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) erklärte, der Paragraph 7 a bedeute eine gravierende Verschlechterung für Fremde und Flüchtlinge, insbesondere für Asylwerber. Die Asylwerber hätten jedoch ein Recht auf Unterstützung. Die Fondslösung für Gesamtösterreich sei bisher zu wenig nachdrücklich verfolgt worden, sie würde von der öVP unterstützt werden. Die öVP lehne den Kampf der Gebietskörperschaften auf dem Rücken der Asylwerber ab.

Die Forderung nach dem Einsatz der Arbeitskraft sei nicht exekutierbar. 82 Prozent aller Aushilfeempfänger hätten keine Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden.

Die öVP trete eher für die Einführung des Berliner Modells ein, nach dem die Beweislast der Arbeitsfähigkeit nicht beim Einzelnen, sondern bei der Gebietskörperschaft liegen solle. Diese solle Arbeitsmöglichkeiten anbieten.

Abschließend forderte Hampel-Fuchs, Müttern die Sozialhilfe bis zum vollenden dritten Lebensjahr des Kindes zu gewähren. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (11)

Utl.: Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes

44 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPÖ) erklärte in Bezug auf die Äußerungen von StR. Maria HAMPEL-FUCHS, daß es die Feststellung der Arbeitswilligkeit und die darausfolgende Kürzung der Bemessungsgrundlage auch schon bis jetzt ergeben habe. Nach wie vor könne im Vergleich mit anderen Bundesländern gesagt werden, daß die Möglichkeiten der Sozialhilfe in Wien sehr weit ausgelegt seien. Die Forderung, Müttern die Sozialhilfe bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes zu gewähren, sei unter bestimmten Umständen - etwa wenn es keine Unterbringung für das Kind gibt oder das Kind behindert ist - bereits Praxis. Im Bereich der Flüchtlingshilfe werde Wien auch weiterhin seinen Verpflichtungen nachkommen. Asylwerber seien jedoch durch entsprechende Maßnahmen des Bundes voll versorgt. Das Berliner Modell sei für Wien abzulehnen, da die "Gemeinnützige Arbeit" dem Begriff der Zwangsarbeit nahekomme. (Forts.) gab/bs

Wiener Landtag (12)

Utl.: Änderung des Wiener Sozialhilfegesetzes

45 Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort bedankte sich Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) für die sachliche Diskussion der heiklen Materie. Es sei ihm darum gegangen, sicherzustellen, daß bei der Sozialhilfe kein Mißbrauch getrieben werden kann. Allerdings müsse er betonen, daß Mißbrauch viel seltener vorkommt, als in der Öffentlichkeit geglaubt wird. Stacher verglich die Sozialhilfegesetze anderer Bundesländer mit den Wiener Bestimmungen und stellte fest, daß das Wiener Gesetz nach wie vor um vieles besser sei. Das von der ÖVP vorgeschlagene Berliner Modell bringe viele Nachteile: Einerseits soll es einen Anreiz zum Mehrverdienen bieten, andererseits beinhalte es schwer durchzuführende Strafsanktionen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von FPÖ und SPÖ angenommen.

Zwtl.: Behindertengesetznovelle

Einstimmig beschloß der Wiener Landtag eine Novelle zum Wiener Behindertengesetz, nach dem Behinderten, die weder Sonderschulen, noch geschützte Arbeitsplätze aufsuchen können, eine Erleichterung gewährt wird. (Schluß) fk/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---